

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/228 - 5. Oktober 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Ulbricht ist nicht die Stimme Deutschlands!

59

Von Herbert Wehner,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

2

Bonn - Paris

51

Zum bevorstehenden deutsch-französischen Gespräch
Von Günter Markscheffel

3 - 4

Tüchtig muß man sein...

67

Eine Sumpflüte des österreichischen Wirtschaftswunders
Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

4

"Junge Generation und Macht"

26

Kurze Vorschau auf die Tagung in Bad Godesberg

5 - 6

Wohnungstauminister Lücke kniff

98

Ein Schulbeispiel ministerieller Überheblichkeit

Von Günther Paschner, Mainz

* * * * *

Ulbricht ist nicht die Stimme Deutschlands

Von Herbert Wehner,
Stellvertretender Vorsitzender der SED

Die gestrige Rede von Walter Ulbricht, der sich nun "Staatsrat" tituliert, ist unter drei Gesichtspunkten zu betrachten. Einmal hat Ulbricht, weil er Nowotny und Gomulka und selbstverständlich auch Chruschtschow nicht nachstehen will, die sogenannte Volkskammer als Podium benutzt, um die Bundesrepublik zu beschimpfen. Dabei hat er allerdings so überdreht, dass niemand in der Welt ihn mit diesen Ausführungen ernst nehmen wird. Es ist grotesk, wenn ein Mann, der 17 Millionen in der Zone elementare freiheitliche Rechte verweigert, von einem "Bonner Unrechtsstaat" spricht.

Allerdings gibt es selbst in den Schimpfpassagen eine sehr interessante Nuance, denn nun spricht auch Walter Ulbricht von dem Recht auf Selbstbestimmung. Natürlich fordert er die "Selbstbestimmung" für die Bevölkerung in Westdeutschland, die dieses Recht angeblich nicht habe, während er vom Selbstbestimmungsrecht der Menschen in der sowjetischen Besatzungszone schweigt. Doch das Aufgreifen dieser Formel zeigt, dass die Forderung nach der Selbstbestimmung Wirkungen bei den Menschen in der sowjetischen Besatzungszone haben muss, die die sowjetische Propagandathese nicht unbedenken annehmen, dass es Selbstbestimmungsrecht für die Völker Afrikas und Asiens, nicht aber für die 17 Millionen in der Zone geben soll.

Zum zweiten ist in der Rede des "Staatsrats", der sich erst gestern nachträglich die gesetzlichen Voraussetzungen für seine neue Funktion zuschneiden liess, deutlich, dass er den Eindruck erwecken will, im Hinblick auf die laufenden Beratungen der Vollversammlung der Vereinten Nationen, den "deutschen Standpunkt" darzulegen. Die Welt wird es nicht erschüttern, wenn Ulbricht ebenso

wie andere kommunistische Vertreter in New York Zensuren an Eisenhower, Macmillan usw. verteilt. Trotzdem ist es notwendig, diesen Anspruch von Walter Ulbricht zurückzuweisen, denn er vertritt nicht Deutschland.

Bleibt zum dritten zu betrachten, was Ulbricht über den Interzonenhandel gesagt hat. Bisher gibt es eine klare Trennung der Verantwortlichkeiten beim Warenverkehr und bei den Verkehrsverbindungen. Der Interzonenhandel ist seit dem ersten Abkommen, das vor rund zehn Jahren abgeschlossen wurde, eine innerdeutsche Angelegenheit und er unterliegt deutscher Verantwortlichkeit. Ebenso klar ist die Rechtslage bei den Verbindungswegen nach und von Berlin. Hier gelten nämlich die Vier-Mächte-Vereinbarungen, die nach der Berliner Blockade durch das Jessup-Malik-Abkommen wieder voll bestätigt worden sind. Ulbricht geht aber jetzt darauf aus, die klaren Verantwortlichkeiten zu verwischen. Wenn er sich bereit erklärt, mit dem Berliner Senat über eine Garantie für den normalen Wirtschaftsverkehr mit Westberlin und beliebigen Ländern zu sprechen, so versucht er damit, seine Freistadt-Theorie einzuschmuggeln. Das gleiche gilt für Verhandlungen, die er mit der Bundesregierung nicht nur über die Ausweitung des Handels, sondern auch über den Transport der Waren führen will, soweit dieser Handel über das Hoheitsgebiet "DDR" geht.

Diese Thesen Ulbrichts sind gefährlich, nicht nur weil er damit den "DDR-Staat" aufwerten will, sondern weil er sich mit solchen Verhandlungen von den Vier-Mächte-Garantien für den unbehinderten Verkehr von und nach Berlin lösen möchte. Eine Abkehr von diesen Verantwortlichkeiten aber darf nicht hingenommen werden, denn eine Ulbricht-Garantie kann heute gegeben und morgen genommen werden. Es muss daher bei der bisherigen klaren Rechtsbasis bleiben: alles was den Handel betrifft, soll auch weiterhin deutscher Zuständigkeit unterliegen, in der Frage der Garantie der Verkehrsverbindungen von und nach Berlin aber ist die alliierte Sicherheitsgarantie vor wie nach notwendig.

Bonn - Paris

Zum bevorstehenden deutsch-französischen Gespräch

Von G. Markscheffel

Frankreichs Ministerpräsident Debré und sein Aussenminister Couve de Murville - früher französischer Botschafter in der Bundesrepublik - werden an diesem Wochenende in Bonn keinen leichten Stand haben, wenn sie ihren deutschen Gesprächspartnern die Vorstellungen von Staatspräsident de Gaulle zur künftigen Gestaltung der Europapolitik näherbringen wollen.

Seit dem Treffen Adenauer-de Gaulle in Rambouillet weiss man, dass Frankreichs Staatschef eine Neuordnung der Europapolitik will und zwar mit dem Ziel, die Rolle der französischen Republik hierbei aufzuwerten, militär- und wirtschaftspolitisch den Integrationsprozess in andere Bahnen zu lenken und politisch anstatt der weitergehenden interstaatlichen Verflechtung ein "Europa der Vaterländer" anstrebt. Bestimmt werden die französischen Gesprächspartner dem Bundeskanzler versichern, de Gaulle wolle keinen Zeretzungsprozess der europäischen Politik einleiten; er beabsichtige lediglich, neben die bisher aufgebauten Institutionen der europäischen Politik eine Methode der Zusammenarbeit des Europa der Sechs zu entwickeln, die vielleicht schneller zu den ihm vorschwebenden Zielen führen könnte. Die Schwierigkeit eines solchen Versuchs besteht darin, dass man nicht genau weiss, was de Gaulle wirklich will. In Paris und Bonn wird nämlich gleichermaßen behauptet, dass de Gaulles Pläne "bisher nur gesprächsweise angedeutet" worden seien, keinesfalls aber schon ein festgefügtes und in Schriftstücken niedergelegtes Konzept sind. Trotzdem ist zu erwarten, dass man sich in Bonn am Wochenende gegenseitig versichert, an der bisherigen Europapolitik solle nichts geändert werden.

Komplizierter dürfte das deutsch-französische Gespräch über die militärischen Pläne de Gaulles sein. Abgesehen davon, dass de Gaulle die "eigene Atombombe" will, befürwortet er auch nach wie vor eine Dreier- spitze (Frankreich, USA, Grossbritannien) zur Lenkung der Verteidigungs- massnahmen, sowie ein formelles Engagement der westlichen Verteidigungs- partner für aussereuropäische Aktionen, wobei er besonders an Afrika und den Nahen Osten denkt. Bisher hat es noch niemand ausgesprochen und doch weiss man darüber in Paris einiges zu sagen - nämlich, dass diese Konzeption das Engagement des Westens für Frankreichs Politik in Algerien be- deuten würde.

Alles zusammengenommen aber liegt die Hauptschwierigkeit der de Gaulle'schen Vorstellungen in der Befürchtung nicht nur Bonns, sondern auch der übrigen europäischen Partner, durch eine Zustimmung zu de Gaulles Plä- nen das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und zu Grossbritannien erheblich zu trüben. In Bonn, Rom, Brüssel und Amsterdam will man dieses Verhältnis noch enger gestalten, zumal man weiss, dass die Aussicht auf Erfolg einer Überbrückung des Gegensatzes zwischen dem "Europa der Sechs" und dem "Europa der Sieben" unmittelbar von dem guten Zusammenspiel aller Beteiligten abhängt. Und an diesem Punkt zeigen sich die Schwierigkeiten an der Art, wie sich de Gaulle zu der jetzigen UNO-Vollversammlung einge- stellt hat, wo die französische Delegation - offensichtlich aus Verärge- rung über die Haltung der USA und Grossbritannien zum Algerienproblem - praktisch tatenlos blieb und sich von dem gemeinsamen Bemühen des Westens, die östlichen Angriffe anzustoppen, fernhielt.

Trotzdem dürfte es das Bestreben der Gesprächspartner in Bonn bleiben, die hier angedeutete Problematik nicht allzu offenkundig werden zu lassen und auf dem Wege über neue Konsultationen zu versuchen, Kompromisse zu fin- den, die die Geschlossenheit des Westens zum Ausdruck bringen.

Tüchtig muss man sein...

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

In Seibersdorf, einem bislang unbekanntem niederösterreichischen Ort, 35 Kilometer südlich von Wien, drückte dieser Tage Bundespräsident Dr. Adolf Schärf (71) am Höhepunkt eines Staatsaktes auf einen kleinen Knopf und löste damit die Kettenreaktion einer Atomkernspaltung im ersten österreichischen Forschungsreaktor aus. Das "Atomzeitalter" hatte nunmehr auch für Österreich begonnen. Das festlich-stolze Ereignis überschattete gänzlich die drei Tage zuvor in aller Stille erfolgte offizielle Übernahme eines ehemals privaten Stahlwerkes durch die verstaatlichte Österreichische Alpine Montangesellschaft.

Mit dieser posthumen Verstaatlichung fand die eigenartige Karriere einer Sumpflüte des österreichischen Wirtschaftswunders, des 41-jährigen "Industriellen" Johann Haselgruber, ihr vorläufiges Ende. Es handelte sich dabei um das gleichermaßen gewagte wie dilettantisch-kuriose Unternehmen eben jenes Johann Haselgruber, der sich einst rühmen konnte, das Monopol der 1946 verstaatlichten Industrie auf dem Gebiete der Stahlerzeugung "gebrochen" und damit ein hehres Beispiel erfolgreicher Privatinitiative gegeben zu haben. Kein Wunder also, daß er in den Tagen seines unterdessen verrosteten Glanzes zu einer Art legendärer Heldenfigur der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) wurde, die ihm, wenn auch nicht uneigennützig, großzügigste Unterstützung angedeihen ließ.

Haselgruber, das österreichische Gegenstück zu dem Düsseldorfer Stahlhändler Georg Schlieker, nützte nach dem Krieg seine oberösterreichische Bauernschläue, die schon andere historische Figuren zu großen Taten verleitet hat, und erwarb sich nicht nur das Vertrauen der russischen Sieger und Besatzer, sondern, was noch schwerer wog, auch ihre Genehmigung zur alleinigen Verwertung des damals reichlich vorhandenen Kriegsschrotts im östlichen Österreich. Der hoffnungsvolle junge Mann mit seiner selbstbewußten Schieberphysiognomie machte in illegalen Ost-West-Handelsgeschäften und wurde mit aktiver Förderung der Kommunisten eine der Stützen der ehemaligen sowjetischen USIA-Betriebe sowie des USIA-Handels in Österreich. Seine Mühe und Gefälligkeit blieben nicht unbelohnt: Im Jahre 1951 konnte er darangehen, bei St. Andrä-Wördern, 24 Kilometer nord-westlich von Wien, auf einem sumpfigen Grundstück am Ufer der Donau, ohne jede behördliche Genehmigung ein Stahl- und Walzwerk zu errichten.

Dieses Werk, das zuletzt 1200 Arbeiter beschäftigte, war wirklich ein Glanzstück österreichischer Privatunternehmerinitiative. Es war von Anfang an zusammengerauscht: Durch einen kleinen, aber hochwasserführenden Bach war das Fabrikgelände jeweils wochenlang überschwemmt; es gab keinerlei Kanalisation. Öl, Abwässer und dergleichen versickerten einfach in den Boden, sanitäre Anlagen für die Belegschaft fehlten fast ganz; die Anlagen waren aus zusammengekauften und gefundenen Teilen improvisiert zusammengebaut; das Dach der Walzwerksanlage blieb zum größten Teil ungedeckt, unter freiem Himmel wurde auf schrottreifen Maschinen mit unzureichender Antriebskraft gewälzt und alle Erzeugnisse waren von Anfang an Ausschuß. Selbst die Stromschienen, an welche die von der ÖVP beherrschte niederösterreichische Elektrizitätsgesellschaft NEWAG ihre Stromzufuhr bedenkenlos an-

schloß, waren nicht aus Kupfer, sondern aus gewöhnlichem Gußeisen.

Die Investitionen für dieses Bruchunternehmen gingen dennoch in die Millionen und auch die wußte sich Haselgruber zu verschaffen. Über den ÖVP-Nationalrat Fritz Polcar, (52) spendete er - wie er später freimütig bekannte, nach bundesdeutschem Vorbild - der ÖVP nach und nach 23 Millionen Schilling und erhielt dafür vom ÖVP-Generaldirektor der Girozentrale Österreichischer Sparkassen, Dr. Otto Benedikt, 72, sowie aus anderen Quellen rund 250 Millionen Schilling Kredite. Mit einer Überschuldung von 100 Millionen Schilling brach jedoch das Werk Mitte Mai 1958 zusammen. Der ÖVP-Günstling Johann Haselgruber bot zunächst seinen pleitegegangenen Betrieb der SPÖ zur Verstaatlichung an und wurde dann im Dezember 1959 vor Gericht wegen fahrlässiger Kreditinanspruchnahme zu acht Monaten strengen, verschärften Arrest verurteilt. Noch hat er diese Strafe nicht abgesessen, da wird bekannt, daß er derzeit mit einem Kompagnon bei Linz ein Schrottwerk errichtet und dazu von der oberösterreichischen Hypothekenanstalt bereits einen Kredit von 2 Millionen Schilling erhalten hat. Ja, tüchtig muß man sein... + + +

"Junge Generation und Macht"

sp - Die Stadt Bad Godesberg, die in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie durch das ihren Namen tragende, im vergangenen Jahr verkündete neue Programm eine erstrangige Bedeutung hat, wird an diesem Wochenende wieder der Ort einer in ihrer Art einzigartigen Tagung sein. "Junge Generation und Macht" heisst das zentrale Thema, dem sich Berufene widmen werden. Veranstalter dieser Tagung ist die sozialdemokratische Partei, die damit wieder einmal unter Beweis stellt, dass sie bemüht ist, die grossen Probleme der modernen Industriegesellschaft in den Griff zu bekommen. Wo lässt sich ähnliches an redlichem Bemühen von einer anderen Partei sagen?

Das überaus grosse Interesse, das diese Tagung findet, geht schon aus der grossen Zahl der Teilnehmer - etwa 350 - hervor. 14 Bundestagsabgeordnete, 20 Landtagsabgeordnete, 56 Stadt- und Gemeinderäte, über 30 Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister, Persönlichkeiten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens, haben ihr Erscheinen zugesagt, darunter auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, selbst einer von der jungen Generation. Weit über die Hälfte der bisher gemeldeten Teilnehmer dieser Tagung sind zwischen 30 und 35 Jahre alt. Die Anmeldung von etwa 170 Journalisten zeugt von dem bedeutenden Interesse der Öffentlichkeit an diesem Treffen der jungen Sozialdemokraten.

Die Namen der Referenten bürgen für die gehaltvolle Behandlung eines Themas, das weit über den Tag hinausragt. Leider wird ein Berufener fehlen - der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Waldemar von Knoeringen. Dass diese Tagung nun stattfindet, ist mit dem Verdienst dieses Mannes, dem durch Krankheit versagt bleibt, zu sehen und zu hören, wie junge Menschen um Klärung in Fragen wie Macht und Freiheit ringen werden.

+ + +

Wohnungsbauminister Lücke kniff

Von Günther Paschner, Mainz

Wohnungsbau-Fibel-Minister Lücke ist auf den jungen sozialdemokratischen Beigeordneten der Stadt Mainz, Karl Delorme, nicht gut zu sprechen. Schon die Südwestfunk-Fernsehsendung "Verwirrung im Quadrat", die am Abend des 1. Juli westdeutsches - darunter auch Mainzer-Wohnungselend in die Wohn- und Gastzimmer flammerte, war dem CDU-Minister übel aufgestoßen. D. h. er muss er sich schon über den aktiven Mainzer Sozialdezernenten geärgert haben, mit dessen fachlicher Mitarbeit die Reportagesendung des SWF zustande gekommen war.

Am 24. September konnten nun die erstaunten Mainzer, unter denen - trotz grösster Anstrengungen ihrer Stadt - immer noch 17 000 Wohnungssuchende sind, aus der Presse vernehmen, daß Minister Lücke auf Einladung der Mainzer CDU am 10. Oktober, also 13 Tage vor der Kommunalwahl, nach Mainz kommen werde. Der gleichzeitige Einweis der Partei des Herrn Lücke, der Minister werde auch die Notwohnungsquartiere der Stadt Mainz besichtigen und "auf bestimmte Versäumnisse beim Wiederaufbau der Landeshauptstadt hinweisen", legte von vornherein in schöner Offenheit den Zweck des ministeriellen Besuchs dar.

Am 27. September schickte Beigeordneter Delorme einen Brief an den avisierten Mainz-Besucher Lücke nach Bad Godesberg-Mehlem. Darin steht u. a. zu lesen:

"Als Wohnungsdezernent der Stadt Mainz werde ich tagtäglich mit den Wohnungssorgen unserer Mitbürger konfrontiert. Ich bin deshalb in der Lage und gern bereit, Ihnen eine eingehende Schilderung der hiesigen Wohnungssituation zu geben und Ihnen an Ort und Stelle die schlimmsten Auswüchse unserer Wohnungsnot zu zeigen. Darüber hinaus möchte ich als sozialdemokratischer Kommunalpolitiker die Gelegenheit Ihres Mainzer Besuches benutzen, um Sie zu einer öffentlichen Diskussion über das Thema "Vor- und Nachteile des Lückepians" aufzufordern. Nach meiner Auffassung würden mit diesem Gesetz, das Ihren Namen trägt, den Städten und Gemeinden neue erhebliche Belastungen auferlegt... Ich nehme an, daß Sie bereit sind, vor den Mainzer Wohnungssuchenden Ihre Konzeption in Rede und Gegenrede zu erläutern. Die Diskussion könnte im Rahmen der Volkshochschule stattfinden".

Sei es nun, daß sich der Mainzer Kommunalpolitiker falsche Vorstellungen über die Bereitschaft eines CDU-Bundesministers machte, vor einem öffentlichen Forum die Vor- und Nachteile eines nach ihm benannten Gesetzeswerkes zu diskutieren; oder sei es, daß der Sozialdemokrat Delorme einer inzwischen als irrig korrigierten Auffassung nachging, nach der ein Bonner Minister es nicht für zu gering erachtet, mit einem simplen Beigeordneten einer 135 000 Einwohner-Stadt zu diskutieren. Herr Lücke jedenfalls war restlos sauer. Am Morgen des 1. Oktobers erhielt Beigeordneter Delorme den Anruf eines Journalisten: "Was sagen sie zu der Antwort Lückes...?" Delorme konnte nichts sagen, denn bis zur Stunde war er noch nicht im Besitz des ministeriellen Antwortschreibens. Der Minister hatte das persönliche Schreiben des Mainzer Beigeordneten, den er einer persönlichen Antwort wohl nicht für würdig hielt, durch seinen Pressereferenten beantworten lassen. Der Presse-Doktor bediente sich einer Methode, die neuerdings mehr und

5. Oktober 1960

mehr zum politischen Bonner Stil zu gehören scheint: Er übergab das Antwortschreiben der Presse, ehe der Empfänger davon wusste. Dies ließ der Minister mitteilen:

"...dass Herr Minister Lücke infolge Ihres Schreibens von einer Besichtigung von Mainzer Blendsquartieren absieht. Nach Auffassung des Herrn Ministers stellt Ihr Verfahren eine grobe Ungehörigkeit dar. Herr Minister Lücke beabsichtigt nicht, seinen Mainzer Besuch von einem Kommunalbeamten zu parteipolitischer Propaganda misstrauen zu lassen. Der Herr Bundesminister bedauert, dass ein Beamter der Stadt Mainz das Wohnungselend von Familien dazu benutzen will, um Polemik gegen das vom Bundestag beschlossene Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht zu machen und parteipolitische Effekte zu erzielen, anstatt sich ausschließlich auf die baldige Behebung dieser Notfälle zu konzentrieren."

Aus diesen Zeilen spricht der ganze Dünkel Bonner Ministerialbürokratie, die sich darüber empört zeigt, daß ein "kleiner" städtischer Beigeordneter es wagte, eine Herausforderung an den "hohen Herrn Minister" zu richten. Fehlt eigentlich nur noch der Hinweis auf das - der Bonner Wohnungsbürokraten sicher nicht bekannte - Alter (40) des Mainzer Sozialdezernenten, um das Mass an Überheblichkeit vollzumachen. Wer den Ministerbesuch zur Erzielung "parteipolitischer Effekte" zu missbrauchen gedenkt, geht doch wohl aus der Ankündigung der Mainzer CDU deutlich hervor. Und wer den Mainzer Sozialdezernenten und seine von der gesamten Mainzer Bevölkerung anerkannte unermüdliche Arbeit zur Behebung der Wohnungsnot kennt, der weiss auch, auf welcher Seite "grobe Ungehörigkeiten" begangen worden sind.

Karl Dolorme teilte denn auch am 4. Oktober dem Bundeswohnungsbau-minister mit:

"Auf mein in Form und Inhalt korrektes Schreiben haben Sie mir durch Ihren Pressereferenten mit Beschimpfungen antworten lassen... Offenbar halten Sie es für einen Verstoß gegen die Staatsraison, wenn der Wohnungsdezernent einer deutschen Großstadt einen Bundesminister zur Diskussion auffordert. Das entspricht einem Denken, wie es im Zeitalter des Absolutismus üblich war, nicht aber in einer Demokratie. Ich bedaure es sehr, daß Sie einer sachlichen Diskussion vor dem neutralen Forum der Volkshochschule ausgewichen sind. Sind denn die Argumente, die Sie mit Millionenbeträgen aus Ihrem Propagandafonds populär zu machen versuchen, so wenig überzeugend? - dass sie die Mainzer Blendsquartiere, für deren Beseitigung sich die Mainzer Stadtverwaltung mit ganzer Energie einsetzt, nun doch nicht besichtigen wollen, überrascht mich nicht. Das unterstreicht umso mehr die Vermutung, daß Ihr Besuch in Mainz in erster Linie parteipolitischen Zwecken dienen sollte."

Diesem Schreiben braucht man nichts hinzuzufügen. Der CDU-Wohnungsbauminister hat nun selbst gezeigt, was von seinem Lückeplan zu halten ist. Er hat mit dieser Affäre bewiesen, wessen Geistes Kind er ist. Schlechter hätte er auch in der öffentlichen Diskussion nicht mehr abschneiden können.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel